



Rentenkommission verschiebt die Rentendebatte – vom Leistungsversprechen zur Finanzierungsfrage

Ute Pappelbaum

Die Vorschläge der Rentenkommission markieren einen Wendepunkt in der deutschen Rentenpolitik. Höheres Renteneintrittsalter, Abschaffung der abschlagsfreien Frühverrentung, verpflichtende Kapitaldeckung und ein größerer Kreis von Beitragszahlern folgen einer gemeinsamen Logik: Das Rentensystem soll an die demografische Realität angepasst werden.

Die Kommission benennt ein Problem, das die Politik lange vertagt hat

Die Ausgangslage ist bekannt. Die Babyboomer gehen in den Ruhestand, die Lebenserwartung steigt, während die Zahl der Beitragszahler langsamer wächst. Damit gerät das Umlagesystem zunehmend unter Druck.

Die Kommission zieht daraus eine klare Schlussfolgerung: Wenn die Menschen länger leben, müssen sie statistisch betrachtet auch länger arbeiten. Deshalb soll das Renteneintrittsalter künftig an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Gleichzeitig soll die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren entfallen.

Ökonomisch ist die Argumentation nachvollziehbar. Ein Rentensystem kann auf Dauer nicht immer längere Rentenbezugszeiten finanzieren, ohne die Einnahmenseite

anzupassen. Politisch beginnt an diesem Punkt jedoch der Widerstand.

Verdi stellt die Arbeitswelt gegen die Rentenlogik

Die schärfste Kritik kommt von den Gewerkschaften. Verdi-Chef Frank Werneke wirft der Kommission vor, an der Lebenswirklichkeit vieler Beschäftigter vorbeizuplanen.

Tatsächlich offenbart sich hier die zentrale Schwäche vieler Rentenreformen. Sie orientieren sich an statistischen Durchschnittswerten, während die Erwerbsbiografien immer unterschiedlicher werden. Wer im Büro arbeitet, kann häufig länger tätig bleiben. Wer in der Pflege, Logistik, Entsorgung oder Industrie arbeitet, stößt oft schon deutlich früher an gesundheitliche Grenzen.

Verdi argumentiert deshalb nicht primär gegen die Finanzierungslogik der Kommission. Die Gewerkschaft stellt vielmehr die Frage, ob längere Lebensarbeitszeiten unter den

realen Bedingungen des Arbeitsmarktes überhaupt erreichbar sind.

Damit verschiebt sich die Debatte. Die Zukunft der Rente wird nicht allein von Beitragssätzen und Rentenformeln abhängen, sondern zunehmend von Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer.

Fratzscher kritisiert die soziale Schlagseite der Reform

DIW-Präsident Marcel Fratzscher bewertet die Vorschläge deutlich positiver als die Gewerkschaften, hält sie jedoch für unzureichend.

Seine Kritik richtet sich weniger gegen das höhere Rentenalter oder die Kapitaldeckung als gegen die soziale Wirkung der Reform. Aus seiner Sicht werden die drei zentralen Probleme des Systems nicht gelöst: Altersarmut, die Belastung der jüngeren Generation und die Verteilungsungleichheit innerhalb des Rentensystems.

Damit verweist Fratzscher auf einen Zielkonflikt, den die Kommission bewusst in Kauf nimmt. Die Vorschläge verbessern die langfristige Finanzierbarkeit, beantworten aber nur teilweise die Frage, wie niedrige Einkommen und lückenhafte Erwerbsbiografien abgesichert werden sollen.

Die Reform stabilisiert das System. Ob sie es zugleich gerechter macht, bleibt offen.

Die Parteien folgen ihren bekannten Konfliktlinien

Die politischen Reaktionen zeigen, wie tief die Interessengegensätze reichen.

Die Union sieht in den Empfehlungen eine Grundlage für mehr Generationengerechtigkeit und langfristige Stabilität. Längere Lebensarbeitszeiten und die stärkere Berücksichtigung demografischer Entwicklungen entsprechen weitgehend ihrer bisherigen Position.

Die SPD befindet sich dagegen in einem strategischen Dilemma. Die Abschaffung der Rente mit 63 berührt ein zentrales sozialpolitisches Symbol der Partei. Gleichzeitig erkennt auch die Sozialdemokratie die wachsenden Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung.

Die Grünen unterstützen die stärkere Kapitaldeckung, kritisieren jedoch die fehlende Absicherung des Rentenniveaus. Die Linke lehnt die Vorschläge grundsätzlich ab und fordert weiterhin eine Erwerbstätigenversicherung für alle Berufsgruppen.

Auffällig ist, dass keine Partei die demografische Diagnose der Kommission ernsthaft bestreitet. Gestritten wird nicht über das Problem, sondern über die Verteilung der Lasten.

Die Kapitaldeckung verändert die Architektur der Alterssicherung

Besonders weitreichend ist der Vorschlag einer verpflichtenden kapitalgedeckten Zusatzrente nach schwedischem Vorbild.

Damit wird erstmals anerkannt, dass die gesetzliche Rente langfristig nicht allein aus Beiträgen finanziert werden kann. Künftig sollen Kapitalmarkterträge einen Teil der Finanzierung übernehmen.

Befürworter sehen darin eine notwendige Ergänzung des Umlagesystems. Kritiker warnen vor neuen Risiken und einer stärkeren Abhängigkeit von den Finanzmärkten.

Tatsächlich ersetzt die Kapitaldeckung keine Risiken, sondern verteilt sie neu. Demografische Risiken werden teilweise durch Kapitalmarktrisiken ersetzt. Die Alterssicherung wird dadurch breiter aufgestellt, aber nicht automatisch sicherer.

Die Rentenfrage wird zur Führungsfrage der nächsten Jahre

Der eigentliche Verdienst der Kommission besteht darin, die politischen Alternativen offenzulegen. Wer gegen ein höheres Renteneintrittsalter argumentiert, muss höhere Beiträge oder höhere Steuerzuschüsse akzeptieren. Wer Kapitaldeckung ablehnt, muss erklären, wie die Finanzierung einer alternden Gesellschaft anders gesichert werden soll.

Genau deshalb wird die Rentendebatte nun zur Führungsfrage. Die Politik kann den demografischen Wandel nicht mehr verwalten, sondern muss entscheiden, wie seine Kosten verteilt werden. Die Kommission hat dafür keinen gesellschaftlichen Konsens geschaffen. Sie hat jedoch sichtbar gemacht, dass der Konflikt nicht länger vermeidbar ist. Die Zukunft der Rente entscheidet sich damit weniger an der Rentenformel als an der politischen Bereitschaft, unbequeme Entscheidungen tatsächlich umzusetzen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950421/Rentenkommission-verschiebt-die-Rentendebatte---vom-Leistungsversprechen-zur-Finanzierungsfrage/>